



**Arbeit  
ohne Papiere,  
aber nicht  
ohne Rechte!**

# 5 Jahre UNDOK-Anlaufstelle

**Tätigkeitsbericht**



Anlaufstelle zur  
gewerkschaftlichen  
Unterstützung  
UNDOKumentiert  
Arbeitender

# Editorial

## Let's organize!

---

Lohnarbeit von Migrant\*innen ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitspapiere ist unsicher, schlecht bezahlt und gefährlich. Aber un(ter)dokumentierte Kolleg\*innen wehren sich, sie fordern ihre Rechte ein – und UNDOK unterstützt sie dabei!

Seit 2014 bietet UNDOK eine niedrighschwellige Anlaufstelle. Wir beraten Arbeitnehmer\*innen ohne Arbeits- und/oder Aufenthaltspapiere – anonym, kostenlos und in mehreren Sprachen. Wir fördern die Selbstorganisation un(ter)-dokumentierter Kolleg\*innen und unterstützen sie bei der Durchsetzung vorenthaltener Ansprüche. Wir veranstalten Workshops zur Aufklärung über Rechte und Ansprüche und organisieren Fortbildungen für Multiplikator\*innen. Wir initiieren Kampagnen und stellen politische Forderungen. Wir agieren mit dem gewerkschaftlichen Selbstverständnis, gleiche Rechte für alle Arbeitnehmer\*innen durchzusetzen, und fordern entsprechende Änderungen der Rechtslage.

Fakt ist: Die derzeitigen Migrations- und Beschäftigungsgesetze verwehren oder beschränken für viele den Zugang zum formellen Arbeitsmarkt. So werden un(ter)dokumentierte Kolleg\*innen in den informellen Sektor gedrängt. Diese prekäre Lage nutzen Arbeitgeber\*innen regelmäßig aus: Arbeits- und Sozialrechte werden missachtet, Kollektivverträge wiederholt ignoriert. Lohndumping und Sozialbetrug sind die unmittelbaren Folgen auf Kosten aller Lohnabhängigen. Dagegen gilt es auch in Zukunft konsequent aufzutreten – gemeinsam, solidarisch und mit der geballten Expertise von Arbeiterkammer, Fachgewerkschaften, NGOs, Aktivist\*innen und (ehemaligen) un(ter)dokumentierten Kolleg\*innen.

**UNDOK-Verband**  
**Wien, November 2019**



## INHALT

- |    |  |    |  |
|----|--|----|--|
| 4  | Beratung, gewerkschaftliche Unterstützung, Organisierung | 13 | Aktuelle Fallbeispiele aus der UNDOK-Beratung                                  |
| 5  | Expertise bündeln, Synergien nutzen                      | 17 | Arbeits- und sozialrechtliche Ansprüche durchsetzen – UNDOK unterstützt dabei! |
| 6  | Das UNDOK-Angebot im Überblick                           | 19 | Workshops und Fortbildungen  |
| 7  | 5 Jahre UNDOK-Anlaufstelle                               | 20 | Aufsuchende Arbeit   |
| 10 | Gleiche Rechte für alle Arbeitnehmer*innen!              | 21 | Öffentlichkeitsarbeit – Vernetzung – Lobbying                                  |
| 11 | Zwischenbilanz: Zahlen & Fakten                          | 22 | Kontakt  |
|    |  | 23 | Impressum  |

# Beratung, gewerkschaftliche Unterstützung, Organisierung

---

Die UNDOK-Anlaufstelle schließt eine Angebotslücke zwischen arbeits- und sozialrechtlicher Beratung auf der einen und aufenthaltsrechtlicher Beratung auf der anderen Seite. In der UNDOK-Anlaufstelle können sich undokumentiert Arbeitende über arbeits- und sozialrechtliche Fragen im Zusammenhang mit ihrer jeweiligen aufenthaltsrechtlichen Situation informieren und beraten lassen – und das kostenlos, anonym und in mehreren Sprachen.

UNDOK fungiert zunächst als Clearingstelle: In einem ersten Schritt wird gemeinsam mit den undokumentiert arbeitenden Kolleg\*innen ihre jeweilige aufenthalts- und arbeitsrechtliche Situation abgeklärt. Sie erhalten Unterstützung, wenn sie ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche geltend machen und durchsetzen wollen. Oder auch, wenn sie sich zusammen mit ihren Arbeitskolleg\*innen organisieren möchten.

Die UNDOK-Anlaufstelle ist Brücke zwischen Initiativen, die Migrant\*innen, Betroffene von Menschenhandel und Asylwerber\*innen beraten, und Interessenvertretungen von Arbeitenden. Schließlich: „Undokumentiert“ kann vieles bedeuten.

Kolleg\*innen arbeiten undokumentiert, wenn sie weder über Aufenthalts- noch

über Arbeitspapiere verfügen. Aber auch Kolleg\*innen, die Aufenthaltspapiere haben, jedoch keinen freien Zugang zum Arbeitsmarkt, sind oft gezwungen, undokumentiert zu arbeiten. Das gilt zum Beispiel für Studierende aus Drittstaaten und Asylwerber\*innen oder wenn Arbeitgeber\*innen die Beschäftigungsbewilligungen nicht beantragen. Auch Personen, die einen Aufenthaltsstatus und (beschränkten) Zugang zum Arbeitsmarkt besitzen, müssen oft undokumentiert arbeiten: etwa Menschen mit Beschäftigungsbewilligung, Saisonarbeiter\*innen, Pendler\*innen, Grenzgänger\*innen.

Die häufigen Änderungen im österreichischen Fremdenrecht konfrontieren Migrant\*innen zusätzlich mit Unsicherheiten, die regulären Arbeitsverhältnissen im Weg stehen.

## Expertise bündeln, Synergien nutzen

Mit UNDOC wurde eine einzigartige Bündnisstruktur geschaffen, die an der Schnittstelle von undokumentiert Arbeitenden, Gewerkschaften, Arbeiterkammer, NGOs aus dem fremden- und asylrechtlichen Bereich, selbstorganisierten Migrant\*inneninitiativen und antirassistischen Aktivist\*innen agiert. Derart gelingt es, fachliche Expertise zu bündeln und Synergien zu nutzen.

Seit der Gründung der UNDOC-Anlaufstelle 2014 hat sich gezeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteur\*innen für eine erfolgreiche langfristige Beratung und Unterstützung von undokumentierten Kolleg\*innen sind. Getragen wird die UNDOC-Anlaufstelle vom UNDOC-Verband, der als Verein organisiert ist.

Finanziert wird die UNDOC-Anlaufstelle von der Arbeiterkammer Wien, der Gewerkschaft Bau-Holz (GBH), der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE), der Gewerkschaft vida und der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) sowie dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK).





### Mitglieder / Kooperationspartner\*innen des UNDOC-Verbands

- **Arbeiterkammer Wien**
- **asylkoordination österreich**
- **AUGE/UG** – Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen
- **Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen**
- **Flucht nach Vorn**
- **GBH** – Gewerkschaft Bau-Holz
- **Gewerkschaft vida**
- **GPA-djp** – Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier
- **Helping Hands**
- **IG Bildende Kunst**
- **LEFÖ** – Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen | Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels
- **MEN VIA** Unterstützung für Männer als Betroffene von Menschenhandel
- **ÖH** – Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler\_innenschaft
- **Österreichischer Gewerkschaftsbund ÖGB**
- **PrekärCafé**
- **PRO-GE** – Die Produktionsgewerkschaft
- **UG** – Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB
- **Verein Piramidops** – Frauentreff




# Das UNDOK-Angebot im Überblick

---

## Zu den Aktivitäten der UNDOK-Anlaufstelle zählen:

-  kostenlose, anonyme und mehrsprachige Information und Beratung zu arbeits- und sozialrechtlichen Fragen im aufenthaltsrechtlichen Kontext
-  Workshops zur Aufklärung über Rechte und Ansprüche
-  Unterstützung bei der Durchsetzung vorenthaltener Ansprüche aus undokumentierten Arbeitsverhältnissen (Lohn, Urlaubsgeld, Überstunden, Krankengeld etc.)
-  Förderung der gewerkschaftlichen (Selbst-)Organisierung

## Darüber hinaus bieten wir an:

-  Vernetzung zwischen Gewerkschaften, Arbeiterkammer, NGOs, Communitys und Aktivist\*innen in dem Bereich
-  Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Situation von undokumentiert arbeitenden Kolleg\*innen
-  Fortbildungen für Multiplikator\*innen und Gewerkschafter\*innen

## 5 JAHRE UNDOK-Anlaufstelle



*„UNDOK schließt eine Lücke an der Schnittstelle zwischen Arbeitsrecht und Fremdenrecht. Einige werden sich fragen, warum sich die Gewerkschaft mit Fremdenrecht auseinandersetzen soll. Die Antwort ist ganz klar: Weil die Gewerkschaftsbewegung von Anbeginn an gegen die Ausbeutung von Arbeitskräften gekämpft hat. Und es war und es ist dabei egal, welchen Pass oder Aufenthaltstitel die Arbeitskräfte haben.“*

**Renate Anderl**, Präsidentin Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeitskammer

*„Wir brauchen faire Bedingungen am Arbeitsmarkt, sonst werden ArbeitnehmerInnen gegeneinander ausgespielt. Ein gutes Leben für alle, das ist das Motto des ÖGB und wir wollen niemanden zurücklassen. Solange es jene gibt, die die schwache Position der undokumentierten ArbeitnehmerInnen ausnutzen, werden wir da sein, um sie zu unterstützen, und ihre Rechte einfordern.“*



**Korinna Schumann**,  
Vizepräsidentin Österreichischer  
Gewerkschaftsbund

## 5 JAHRE UNDOC-Anlaufstelle

---



**Mario Bartl**, UNDOC-Vorstand/  
Gewerkschaft Bau-Holz

*„Aus Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt resultieren massive Ausbeutung und Lohndumping. Sie tragen zur Spaltung der Arbeiter\*innen bei, treiben einen Keil in die Gesellschaft und stellen obendrein eine ungeheuerliche Verschwendung von Talenten, Kompetenzen sowie Qualifikationen dar. Hier braucht es politischen Mut und Willen, schnellere und transparentere Asylverfahren, aber und vor allem gewerkschaftliches Handeln und Solidarität!“*

*„Nur zu oft sehen wir in unserer Arbeit als LEFÖ-IBF, wie Migrant\*innen aufgrund ihrer prekären Aufenthaltssituation unter Druck gesetzt und ausgebeutet werden. Die UNDOC-Anlaufstelle ist ein Ort, an dem Menschen über ihre Arbeitsrechte informiert werden, ganz gleich ihres Aufenthaltsstatus. Es ist ein wichtiger niederschwelliger Zugang, der auch erlaubt, Betroffene des Menschenhandels zu erkennen.“*



**Evelyn Probst**, UNDOC-Verband/  
Leiterin LEFÖ-IBF



## 5 JAHRE UNDOK-Anlaufstelle

„Let’s organize, let’s celebrate!“ Unter diesem Motto feierte die UNDOK-Anlaufstelle am 21. Oktober 2019 ihr fünfjähriges Bestehen und lud zum Jubiläum in den ÖGB-Catamaran. Auf dem Programm standen u. a. ein Workshop zu Beratung und Unterstützung undokumentierter Arbeitender durch Einrichtungen in der Sozialen Arbeit, eine Gesprächsrunde mit UNDOK-Aktivist\*innen und -Mitarbeiter\*innen sowie die Präsentation der Neuauflage der Rechtsbroschüre „Arbeit ohne Papiere ... aber nicht ohne Rechte!“, die in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer Wien und dem ÖGB erstellt wurde.

Eröffnet wurde die Jubiläumsfeier von Korinna Schumann, Vizepräsidentin des

ÖGB, sowie Renate Anderl, Präsidentin der AK Wien und Bundesarbeitskammer. Unter den Geburtstagsredner\*innen waren zudem Bernd Brandstetter (Gewerkschaft vida), Renate Sprung (GBH), Alois Stöger (PRO-GE) und Christoph Sykora (GPA-djp).

UNDOK bedankt sich bei allen, die die Arbeit und das Bestehen der Anlaufstelle mitgetragen haben und weiterhin mittragen: ehemalige und aktuelle Mitarbeiter\*innen, Gewerkschaften, NGOs und Migrant\*innen-Selbstorganisationen, Aktivist\*innen, Berater\*innen und vor allem: undokumentiert Arbeitende!

*„Undokumentierte Arbeit macht verletzlich, aber auch kämpferisch. Die solidarische Arbeit von UNDOK für und mit Kolleg\*innen ohne Papiere ist ein wichtiger Beitrag, Arbeitgeber\*innen in die Schranken zu weisen, die Lohndumping und Sozialbetrug betreiben, sowie Selbstermächtigung von Lohnabhängigen zu fördern. Und das ist in unser aller gewerkschaftlichen Interesse! Denn ein Angriff auf eine\*n ist immer ein Angriff auf uns alle.“*



**Daniela Koweindl**, UNDOK-Verband/  
Kulturpolitische Sprecherin der  
IG Bildende Kunst

# Gleiche Rechte für alle Arbeitnehmer\*innen!

---

Derzeit existieren in Österreich über 25 verschiedene Aufenthaltstitel, die Migrant\*innen den regulären Zugang zum Arbeitsmarkt verwehren bzw. einschränken. Dieser Umstand drängt Personen ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitspapiere in informelle Sektoren und macht sie damit gegenüber Arbeitgeber\*innen leichter erpressbar und ausbeutbar. Auch die stetigen Verschärfungen im Asylrecht tragen zu dieser prekären Situation bei.

Undokumentierte Arbeit ist zumeist unsicher, schlecht bezahlt und gefährlich. Zahlreiche Studien belegen die typischen Merkmale – dazu zählen beispielsweise extrem lange Arbeitszeiten, Löhne weit unter dem kollektivvertraglichen Niveau, fehlende Schutzstandards für undokumentiert Beschäftigte und ein hohes Maß an unternehmerischer Willkür wie Lohnbetrug, Kündigung bei Krankheit, Unfall oder Alter sowie sexuelle und andere körperliche Übergriffe.

Für undokumentiert Arbeitende ist die Durchsetzbarkeit ihrer Rechte dagegen mit großen Hürden verbunden – u. a. aufgrund nicht vorhandener schriftlicher Arbeitsverträge und Lohnunterlagen. Unternehmen und Arbeitgeber\*innen, die Menschen undokumentiert beschäftigen, betreiben Lohn- und Sozialdumping,

indem sie Kollektivverträge unterwandern und so das Sozialsystem sukzessive aushöhlen.

## Der UNDOC-Verband formuliert deshalb als zentrale politische Forderungen:

- **Wer rechtmäßig in Österreich lebt, soll Zugang zum Arbeitsmarkt haben.**
- **Erleichterung der Nachweisbarkeit von Arbeitsverhältnissen – Beweislastumkehr**
- **Gleichstellung von arbeitsrechtlichen Verfallsfristen – Ausdehnung der Verfallsfrist auf drei Jahre**
- **Gesicherter Aufenthalt während arbeitsrechtlicher Verfahren**
- **Umsetzung des Rechts auf Parteienstellung für Arbeitnehmer\*innen, für die eine Beschäftigungsbewilligung beantragt wird**
- **Abschaffung der Bestrafung von undokumentiert Arbeitenden bei Nichteinhaltung von gesetzlichen Pflichten durch Arbeitgeber\*innen**

## Zwischenbilanz: Fakten & Zahlen

Seit ihrer Gründung 2014 ist die UNDOC-Anlaufstelle um ein niederschwelliges und kontinuierliches Angebot für undokumentiert Arbeitende bemüht. An zwei Tagen in der Woche (Montag 9.00–12.00 Uhr, Mittwoch 15.00–18.00 Uhr) bieten Mitarbeiter\*innen des UNDOC-Verbands im ÖGB-Catamaran Information und Beratung an.

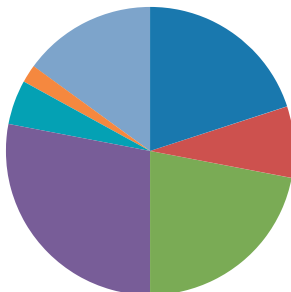
Das Angebot ist kostenlos, die Beratung erfolgt anonym und in mehreren Sprachen. Undokumentierte Kolleg\*innen können ohne vorherige Terminvereinbarung während der Öffnungszeiten vorbeikommen. Häufig zögern sie jedoch wegen ihrer unsicheren aufenthaltsrechtlichen und sozialen Situation, die Anlaufstelle

aufzusuchen. Manche schicken lieber eine E-Mail, eine Nachricht über Social Media oder rufen an.

Bislang haben insgesamt rund 700 Kolleg\*innen die UNDOC-Anlaufstelle mindestens einmal kontaktiert. Im Rahmen der UNDOC-Workshops und -Fortbildungen wurden über tausend undokumentierte Kolleg\*innen und Multiplikator\*innen erreicht.

Die Erfahrungen aus der Beratungs- und Unterstützungspraxis zeigen: Undokumentierte Arbeitsverhältnisse sind in beinahe jeder Branche zu finden. Baubranche, Gastronomie und der Dienstleistungssektor gehören dabei regelmäßig ►

### DIAGRAMM 1: BRANCHEN



Aufschlüsselung der Beratungskontakte in der UNDOC-Anlaufstelle zwischen Juni 2018 und Mai 2019

- Baubranche 20 %
- Pflege 7 %
- Gastronomie 22 %
- Dienstleistungssektor 28 %
- Handel 6 %
- Kunstbereich 2 %
- Sonstige 15 %

► zu jenen Arbeitsfeldern, die verstärkt betroffen sind.

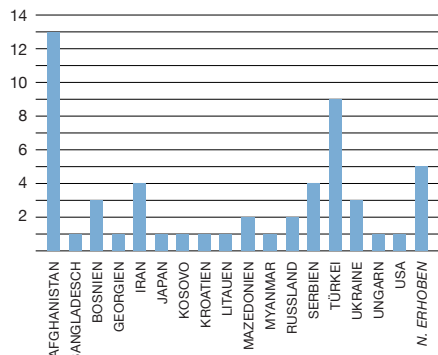
Generell sind die Herkunftsregionen von undokumentiert Arbeitenden sehr vielfältig. Sie variieren und lassen sie sich nicht auf bestimmte Länder eingrenzen. 2018/19 sind es vor allem Personen aus Afghanistan, Türkei, Iran, Serbien, Bosnien und der Ukraine, die den Weg in die UNDOC-Anlaufstelle finden.

Je nach Geschlecht herrscht eine unterschiedliche Gewichtung vor: Männer arbeiten insbesondere in den Bereichen Bau, Hotel- und Gastgewerbe undokumentiert.

Frauen sind vor allem im Hotel- und Gastgewerbe undokumentiert beschäftigt, außerdem in der Reinigung und in privaten Haushalten. Nach wie vor sind über ein Drittel der undokumentiert Arbeitenden, die in die Beratung kommen, Männer. Das bedeutet nicht, dass Angehörige anderer Geschlechter seltener undokumentiert arbeiten müssen. Viele Frauen, die sich an UNDOC wenden, arbeiten in privaten Haushalten unter isolierten Verhältnissen und in großer Abhängigkeit. Für sie ist es besonders schwierig, sich Unterstützung zu suchen oder sich mit anderen zusammenzuschließen.

## DIAGRAMM 2: HERKUNFTSSTAATEN

Aufschlüsselung der Erstkontakte in der UNDOC-Anlaufstelle zwischen Juni 2018 und Mai 2019



# Fallbeispiele aus der UNDOC-Beratung

---

Undokumentierte Arbeitsverhältnisse finden sich in allen Branchen – zu den „klassischen“ Tätigkeitsfeldern gehören die Baubranche, die Gastronomie und der Dienstleistungsbereich. Branchenunabhängig sind dagegen die Probleme, denen undokumentiert Arbeitende immer wieder gegenüberstehen: vorenthaltene

Löhne, Bezahlung unterhalb des Kollektivvertrags sowie nicht bezahlte Sonderzahlungen, wie etwa Zuschläge für Arbeit an Wochenenden, Nacharbeit, Schwerarbeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Dies bestätigt auch die bisherige Beratungspraxis der UNDOC-Anlaufstelle. ►

## Fallbeispiel 1: Zu wenig Lohn

Ein Kollege, der in Österreich Asyl beantragt hat, arbeitete 2018 undokumentiert als Zimmerer für einen Betrieb in Wien. Dafür musste er täglich von Amstetten in die Bundeshauptstadt pendeln, die Fahrtkosten zahlte er selbst. Durchschnittlich zwölf Stunden pro Tag arbeitete der Kollege, der an unterschiedlichen Orten eingesetzt wurde. Der vereinbarte Lohn betrug vier Euro pro Stunde, also weit unter dem kollektivvertraglich definierten Mindestlohn – doch selbst dieser wurde ihm nicht vollständig ausbezahlt.

Als der Kollege die UNDOC-Anlaufstelle aufsuchte, lag das Beschäftigungsverhältnis bereits länger als drei Monate zurück. Laut der im Kollektivvertrag festgehaltenen Verfallsklausel wäre sein Anspruch nach diesem Zeitraum bereits erloschen gewesen. Mithilfe von UNDOC und der Gewerkschaft Bau-Holz wurde dem Arbeitgeber ein Interventionsschreiben zugestellt. Als Beweise konnte der Kollege Fahrscheine, Fotos von den verschiedenen Baustellen sowie handschriftliche Stundenaufzeichnungen vorlegen. Schließlich kam der Arbeitgeber der Aufforderung nach und zahlte den ausstehenden Lohnbetrag trotz Verfallsbestimmung aus.

► Undokumentiert Arbeitende müssen exzessive Arbeitszeiten in Kauf nehmen, selten entsprechen die Arbeitsbedingungen den vorgegebenen Schutzstandards. Die Folgen sind ein erhöhtes Unfallrisiko sowie gravierende körperliche und psychische Belastungen. Angesichts der aufenthaltsrechtlichen Unsicherheit sind undokumentiert Arbeitende mit einem hohen Maß an unternehmerischer Willkür konfrontiert: Lohnbetrug, Nichteinhalten von Schutzstandards, Kündigung im Fall von Krankheit, Unfall oder fortgeschrittenem

Alter sowie körperliche und sexuelle Übergriffe stehen auf der Tagesordnung.

Immer wieder werden Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus mit dem Versprechen, ihr Aufenthaltsrecht zu sichern oder Zugang zum formellen Arbeitsmarkt erwerben zu können, zu un- oder unterdokumentierter Arbeit angeleitet. Dabei kommt es zu „Abzügen“ für die Bezahlung von behaupteten oder tatsächlich existierenden Rechtsvertreter\*innen – ebenso wie zum Aufbau sozialen bzw. ►

### Fallbeispiele 2 & 3: Null Lohn

Einem undokumentiert arbeitenden Kollegen, der 2019 als Zeitungszusteller tätig war, wurde der ihm zustehende Lohn zur Gänze vorenthalten. Nach zwei Monaten Wartezeit informierte sich der Kollege mit syrischen Papieren, der als Asylberechtigter in Österreich eine Arbeitserlaubnis besitzt, bei der UNDOK-Anlaufstelle über Möglichkeiten, seinen Lohn einzufordern. Allein die Erwähnung von UNDOK und einer möglichen gewerkschaftlichen Intervention gegenüber dem Arbeitgeber reichte bereits aus, um diesen zur sofortigen Auszahlung des vorenthaltenen Lohns zu bewegen. Rechtliche Schritte waren somit hinfällig.

Erfolgsbeispiele wie diese stellen die Ausnahme dar: Oft dauert es Monate bis Jahre, bis undokumentiert arbeitende Kolleg\*innen ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche erfolgreich durchsetzen können. Das zeigt auch das folgende Beispiel aus der Beratung der UNDOK-Anlaufstelle:

Ein Kollege mit serbischen Papieren hatte über einen längeren Zeitraum keinen Lohn erhalten. Das Bauunternehmen, bei dem er beschäftigt war, ging in Konkurs. Mit Unterstützung der Rechtsabteilung der Gewerkschaft Bau-Holz und in einem langen Verfahren am Arbeits- und Sozialgericht gelang es nachzuweisen, dass er für die Firma gearbeitet hatte. Dem Kollegen wurden 2019 über 7.000 Euro aus dem Insolvenzfonds zugesprochen. Insgesamt dauerte es etwa zwei Jahre und brauchte einen sehr langen Atem, bis der Kollege Recht und das ihm zustehende Geld erhielt.

## Hintergründe zur Bau-Holz-Branche

Menschen mit beschränktem Zugang zum Arbeitsmarkt stehen meist in starker Abhängigkeit von ihren jeweiligen Arbeitgeber\*innen. Diese sind für die Anmeldung bei der Sozialversicherung und die das Beantragen von Beschäftigungsbewilligungen verantwortlich. Oft werden undokumentiert arbeitende Kolleg\*innen vertröstet, dass die Nachweise erst „später einlangen“, oder „gerade nicht verfügbar“ sind.

Die Betroffenen verlieren derart bei kurzfristigen Projekten die Übersicht. So beträgt etwa im Bau- und Bauhilfsgewerbe die Einsatzdauer meist nur einige Tage bis wenige Wochen, die Aufforderung zur Beschäftigungsaufnahme erfolgt über Social Media mit kurzer Vorlaufzeit. Wer auf das versprochene Einkommen angewiesen ist, akzeptiert die – angeblich „vorübergehende“ – verzögerte oder unvollständige Bezahlung. Häufig stellen undokumentiert Arbeitende die fehlende Anmeldung bei der Sozialversicherung erst dann fest, wenn z. B. nach einem Arbeitsunfall der Arztbesuch verweigert oder davon „abgeraten“ wird bzw. schwerer verletzte Arbeitnehmer\*innen mit dem Privatfahrzeug vor dem Eingang eines Krankenhauses abgesetzt werden.

Manchmal scheitert die spätere Geltendmachung von Ansprüchen an der kurzfristigen Auflösung der Firmen, die bei Auftreten von Forderungen Insolvenz anmelden. Dieselben Kontaktpersonen bieten mitunter Wochen später ein „Weiterarbeiten“ bei einer anderen Firma an. Es zeichnen sich Muster ab, in denen gewerberechtliche Geschäftsführer\*innen nach Zurücklegung der Gewerbeberechtigung durch nachgeschaltete handelsrechtliche „Verkaufsverantwortliche“ vor Ermittlungen wegen Krida geschützt werden, indem der Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit verschleiert wird.

► psychischen Drucks, als Gegenleistung unbezahlte zusätzliche Tätigkeiten verrichten zu müssen.

Es gibt Fälle, in denen die UNDOC-Anlaufstelle den Betroffenen nicht weiterhelfen

kann, da die rechtliche Durchsetzung der arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche praktisch nicht möglich ist. Es handelt es sich dabei um undokumentierte Arbeitnehmer\*innen, die aufgrund ihrer unsicheren aufenthaltsrechtlichen Situation ►

► besonders erpressbar sind und die notwendigen rechtlichen Schritte gegen den\*die Arbeitgeber\*in daher eine unüberwindbare Hürde darstellen.

Laut Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rats vom 18. Juni 2009 über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber\*innen, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen, hat sich Österreich als Mitgliedsstaat verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Drittstaatsangehörige ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche einfordern können. Darüber hinaus existieren in Österreich jedoch bis heute keine ausreichenden rechtlichen Rahmenbedingungen, die es Drittstaatsangehörigen ermöglichen, rechtliche Schritte gegen die Ausbeutung durch Arbeitgeber\*innen zu unternehmen. Die

Beratungs- und Unterstützungspraxis der UNDOC-Anlaufstelle zeigt, dass Österreich diese Verpflichtung nach wie vor nicht umsetzt – und dies letztlich zum Schaden aller Arbeitnehmer\*innen.

Aus Sicht der UNDOC-Anlaufstelle ist daher – nicht zuletzt zur effektiven Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping durch Arbeitgeber\*innen – mindestens für die Dauer eines arbeits- und/oder sozialrechtlichen Verfahrens die Erteilung eines Aufenthaltstitels für Betroffene und deren Angehörige erforderlich.

#### **Fallbeispiel 4: Keine Unfall- und Krankenversicherung**

Ein Kollege aus einem Staat des Westbalkans wurde 2019 von einem Bauhilfsunternehmen über mehrere Monate unter dem zugesicherten Lohn wöchentlich bar bezahlt. Arbeitszeiten und Baustellen hatte er vollständig dokumentiert. Als er nach einer – glücklicherweise leichteren – Verletzung einen Arzt aufsuchen wollte, wurde ihm gegenüber angedeutet, dass er nicht versichert sei und er seinen Aufenthalt nicht gefährden solle. Daraufhin beendete er die Tätigkeit für dieses Unternehmen.

Als er den fehlenden Lohn – zu diesem Zeitpunkt rund 2.000 Euro – einforderte, brach die Firma zunächst jeglichen Kontakt ab. Es erfolgte die Niederschrift bei der Sozialversicherung sowie eine Geltendmachung der Ansprüche mit Unterstützung der Arbeiterkammer, auf die die Firma jedoch nicht reagierte. Nach einer zweiten deutlichen Aufforderung steht nunmehr die Klageeinreichung bevor.



## Arbeits- und sozialrechtliche Ansprüche durchsetzen – UNDOC unterstützt dabei!

---

Nachdem gemeinsam mit den undokumentiert arbeitenden Kolleg\*innen deren aufenthalts- und arbeitsrechtliche Situation abgeklärt wurde, bietet die UNDOC-Anlaufstelle ein ausführliches Beratungsgespräch. Um arbeitsrechtliche Ansprüche gegenüber dem\*der Arbeitgeber\*in geltend machen zu können, müssen insbesondere die Verfallsfristen beachtet werden. Diese sind im Kollektivvertrag der jeweiligen Branche festgelegt, häufig betragen diese nur wenige Monate. Das bedeutet: Die Betroffenen müssen möglichst rasch agieren. Da undokumentiert Beschäftigte jedoch oft nicht über ihre Rechte Bescheid wissen, verfallen ihre arbeitsrechtlichen Ansprüche, noch bevor sie diese geltend machen können (siehe Seite 19, Workshops und Fortbildungen).

In den meisten Fällen verfasst die UNDOC-Anlaufstelle ein Geltendmachungsschreiben an den\*die jeweilige\*n Arbeitgeber\*in. Reagiert diese\*r darauf nicht, vermittelt die UNDOC-Anlaufstelle die betroffenen Kolleg\*innen an die zuständige Gewerkschaft bzw. Arbeiterkammer weiter. So konnten immer wieder Erfolge vor dem Arbeits- und Sozialgericht erzielt werden. Rechtsschutz ist im ÖGB laut dessen Regulativ in der Regel erst nach sechsmonatiger Mitgliedschaft gegeben. Alle Teilgewerkschaften, die Mitglied des

UNDOC-Verbands sind, haben jedoch ihre Bereitschaft erklärt, in derartigen Fällen von Arbeitsausbeutung außerordentlichen Rechtsschutz (d. h. vor Erreichen der Anwartschaft) zu gewähren. Denn die bisherige Beratungspraxis der UNDOC-Anlaufstelle zeigt: Um arbeits- und sozialrechtliche Ansprüche von undokumentiert arbeitenden Kolleg\*innen erfolgreich einzufordern, ist unmittelbares und schnelles Handeln notwendig.

Der Kontakt zu Arbeitnehmer\*innen-Interessenvertretungen erschöpft sich jedoch nicht in der Begleitung oder Vermittlung von undokumentierten arbeitenden Kolleg\*innen zu den jeweiligen Institutionen. Die UNDOC-Anlaufstelle nutzt den kontinuierlichen Austausch mit Rechtsberater\*innen der Fachgewerkschaften und der Arbeiterkammer Wien auch dahingehend, um komplexe rechtliche Sachverhalte zu thematisieren und gezielten Wissensaufbau für die künftige Beratung und Unterstützung von undokumentiert Arbeitenden zu betreiben.

Zwischen den Mitgliedsorganisationen und Kooperationspartner\*innen im UNDOC-Verband besteht eine enge Zusammenarbeit. Ein Ergebnis dieser Partnerschaft ist die mittlerweile bereits in der dritten Auflage erschienene ►

- Rechtsbroschüre „Arbeit ohne Papiere ... aber nicht ohne Rechte!“, die vom UNDOK-Verband zusammen mit der Arbeiterkammer Wien und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund veröffentlicht wurde. Die Broschüre richtet sich vor allem an Beratungsstellen, die Auskünfte über arbeits- und fremdenrechtliche Fragen geben. Darin werden die arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche von Migrant\*innen bei undokumentierter Arbeit aufgezeigt sowie mögliche (aufenthaltsrechtliche) Risiken beim Einfordern bzw. Durchsetzen dieser Rechte erörtert.



Die Rechtsbroschüre „Arbeit ohne Papiere ... aber nicht ohne Rechte!“ gibt es kostenlos zum Download auf der UNDOK-Homepage: [www.undok.at/de/publikationen](http://www.undok.at/de/publikationen).

Die Printbroschüre kann direkt bei der Arbeiterkammer Wien bestellt werden: [bestellservice@akwien.at](mailto:bestellservice@akwien.at) oder per Bestelltelefon unter **(01) 501 65 1401**.

# Workshops und Fortbildungen



Die UNDOC-Anlaufstelle bietet neben Beratung und Begleitung kostenlose Workshops, die über die Rechte und Ansprüche von Arbeitnehmer\*innen ohne freien Arbeitsmarktzugang informieren.

Die Workshops richten sich an (potenziell) undokumentiert Arbeitende – insbesondere Menschen im Asylverfahren, subsidiär Schutzberechtigte, Asylberechtigte sowie Menschen ohne Aufenthaltsrecht in Österreich. Hierbei werden das notwendige Basiswissen über die eigenen Rechte und die wichtigsten praktischen Schritte für deren Durchsetzung vermittelt. Denn das Wissen über die eigenen Rechte ist eine wesentliche Voraussetzung, um sich gegen Ausbeutung wehren zu können.

Die Trainer\*innen halten die Workshops auf Deutsch, Arabisch, Dari, Farsi, Paschtu, Türkisch, Somali und Englisch. Die Workshops finden in kurzen Segmenten direkt in Deutschkursen statt oder in intensiveren, längeren Formaten, um das Wissen zu vertiefen. Der erstsprachliche Kontakt und das persönliche Kennenlernen bilden dabei eine gute Basis für den Aufbau von Vertrauen.

Andere Workshops wiederum richten wir an Multiplikator\*innen – etwa Betriebsrät\*innen und Gewerkschafter\*innen, die im Betrieb und innerhalb der Gewerkschaft Bewusstsein für das Thema schaffen. Die Workshops vermitteln, wie undo-

kumentiert Arbeitende darin unterstützt werden können, ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche geltend zu machen und durchzusetzen. Die Multiplikator\*innen lernen Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping kennen. Und sie erfahren, welche Anzeichen auf Menschenhandel hinweisen und welche Opferschutz-Einrichtungen Betroffene unterstützen.

Darüber hinaus unterstützt die UNDOC-Anlaufstelle die (Selbst-)Organisation von undokumentierten Kolleg\*innen. Denn es handelt sich nicht um Einzelfälle, sondern um systematische Ausbeutung von Menschen ohne entsprechende Aufenthalts- und/oder Arbeitspapiere. Dagegen sind kollektive Anstrengungen erforderlich. Auch an dieser Stelle kann der UNDOC-Verband auf ein breites Netzwerk an Akteur\*innen aus verschiedenen Bereichen und deren langjährige Unterstützungserfahrung zurückgreifen.

**Kontakt: [workshops@undok.at](mailto:workshops@undok.at)**

## Aufsuchende Arbeit

Auch wenn zahlreiche undokumentiert arbeitende Kolleg\*innen die UNDOC-Anlaufstelle kontaktieren: Für viele Menschen ohne entsprechende Aufenthalts- und/oder Arbeitspapiere kann es schwierig sein, Information und Beratung zu suchen. Deshalb betreibt UNDOC in Kooperation mit den Fachgewerkschaften aufsuchende Arbeit.

UNDOC versucht damit, auch außerhalb der Beratungsstelle Zielgruppen zu erreichen: Multiplikator\*innen in Communitys über Veranstaltungen, undokumentiert Arbeitende in Betrieben über Betriebsrät\*innen, potenziell Betroffene über offene Beratungen und Infotische an verschiedenen Orten in der Stadt.

UNDOC arbeitet kontinuierlich mit der Kampagne für Erntearbeiter\*innen sezonieri ([www.sezonieri.at](http://www.sezonieri.at)) zusammen. Dabei werden in Zusammenarbeit mit der Produktionsgewerkschaft PRO-GE Erntehelfer\*innen in der Landwirtschaft über ihre Rechte und gewerkschaftliche Unterstützungsmöglichkeiten informiert. In gemeinsamen Aktionen von PRO-GE, dem UNDOC-Verband, LEFÖ-IBF, MEN VIA und Aktivist\*innen des Nyeléné-Forums werden Erntehelfer\*innen direkt am Feld oder in ihren Unterkünften aufgesucht. Folder in verschiedenen Sprachen geben Auskunft über Lohn, Arbeitszeiten und Anforderungen an die Unterkünfte und weisen auf die

kostenlose und anonyme erstsprachliche Beratung hin.

Bislang hat UNDOC mittels aufsuchender Arbeit undokumentiert Arbeitende vor allem in bestimmten Branchen oder Communitys angesprochen. Eine Kooperation mit der ÖH, in deren Rahmen Studierende aus Drittstaaten erreicht wurden, führte etwa dazu, dass sich mehr Studierende bei UNDOC meldeten. Mit dem daraus resultierenden Einblick in bestimmte Muster an Arbeitsausbeutung, die gerade Studierende betreffen, kann UNDOC bessere Unterstützung bieten. Ein Branchenschwerpunkt auf Pflegekräfte in Privathaushalten zeigte wiederum, wie schwierig es ist, undokumentierte Kolleg\*innen zu erreichen, die unter isolierten Bedingungen leben und arbeiten.

Die aufsuchende Arbeit hat einerseits zum Ziel, (potenziell) undokumentiert Arbeitende darüber zu informieren, dass Arbeiten ohne Papiere nicht Arbeiten ohne Rechte bedeutet, andererseits das Unterstützungsangebot der Anlaufstelle zu verbreiten. Längerfristig und in Form eines neuen Schwerpunkts geht es in der aufsuchenden Arbeit zudem darum, über die rechtliche Beratung und Begleitung von Einzelnen hinaus auch bei der gewerkschaftlichen (Selbst-)Organisierung zu unterstützen.

# Öffentlichkeitsarbeit – Vernetzung – Lobbying

---

Die UNDOC-Anlaufstelle betreibt gezielte Öffentlichkeitsarbeit, um über ihre Angebote und Aktivitäten zu informieren. Dafür werden laufend Materialien wie Flyer, Poster etc. in insgesamt elf Sprachen produziert.

Der jährlich erscheinende UNDOC-Arbeitszeitkalender enthält nützliche Informationen über Arbeitnehmer\*innenrechte sowie wichtige Adressen von Unterstützungseinrichtungen. Er ist zudem ein Tool, das es Betroffenen erleichtert, ihre Arbeitszeiten aufzuzeichnen – präventiv für den Fall, dass sie ihre Ansprüche gegenüber Arbeitgeber\*innen geltend machen müssen. Auch das animierte YouTube-Video „Arbeiten ohne Papiere ... aber nicht ohne Rechte!“, das in sechs verschiedenen Sprachen abrufbar ist, liefert wichtige Basisinformationen über die Rechte von undokumentiert Beschäftigten.

Mit einer Reihe von Veranstaltungen mit teils internationalen Referent\*innen – von Diskussionen über Ausstellungen bis hin zu Film- und Comicpräsentationen – schafft UNDOC für das Thema undokumentierte Arbeit öffentliche Aufmerksamkeit. Zudem beantwortet die UNDOC-Anlaufstelle Anfragen von Medien zum Themenfeld.

Daneben nimmt die Arbeit mit Fallbeispielen aus der Beratungspraxis der UNDOC-Anlaufstelle einen wichtigen Stellenwert ein: Präzedenzfälle werden dokumentiert und aufbereitet, um auf die spezifischen Hindernisse von undokumentiert

Arbeitenden hinzuweisen. Nicht zuletzt trägt das Wissen um erfolgreiche Beispiele auch dazu bei, Hemmschwellen bei undokumentiert Arbeitenden abzubauen, um Schritte gegen ausbeuterische Praktiken durch Arbeitgeber\*innen zu unternehmen.

Um bestehende Unterstützungsstrukturen für undokumentiert Beschäftigte in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen zu stärken, engagiert sich UNDOC in der Vernetzung zwischen und innerhalb von ÖGB und Fachgewerkschaften, Arbeiterkammer, NGOs, migrantischen Communitys und antirassistischen Aktivist\*innen. Darüber hinaus betreibt UNDOC Lobbying gegenüber politischen Entscheidungsträger\*innen zur Verbesserung der Situation von undokumentiert Arbeitenden. Denn: Undokumentiert Arbeitende sind nicht nur der Willkür von Arbeitgeber\*innen ausgesetzt, sondern in der Regel von multiplen Problemlagen betroffen (z. B. aufenthaltsrechtliche Unsicherheit, finanziell prekäre Lebenssituation, Schwierigkeiten mit Unterkunft bzw. am Wohnungsmarkt).

UNDOC ist mit vergleichbaren Anlaufstellen und Initiativen in Deutschland und der Schweiz vernetzt. Außerdem ist die UNDOC-Anlaufstelle Mitglied von PICUM, der Plattform für internationale Kooperation für Migrant\*innen ohne Papiere ([www.picum.org](http://www.picum.org)), einer NGO zur Förderung der Menschenrechte von undokumentierten Migrant\*innen in Europa.

# UNDOK

## Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentierter Arbeitender



### ÖGB (Catamaran)

Johann-Böhm-Platz 1  
1020 Wien

☎ +43 (0)1 534 44-39040

✉ office@undok.at

### Öffnungszeiten:

Mo 9.00–12.00 Uhr

Mi 15.00–18.00 Uhr

Termine außerhalb der  
Öffnungszeiten nach  
Vereinbarung

### Finde uns online:

[www.undok.at](http://www.undok.at)

[www.undok.at/newsletter](http://www.undok.at/newsletter)

📘 [facebook.com/undok.at](https://facebook.com/undok.at)

🐦 [twitter.com/undok\\_at](https://twitter.com/undok_at)

**Impressum:**

UNDOK – Verband zur gewerkschaftlichen  
Unterstützung undokumentiert Arbeitender  
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
Redaktion: Vina Yun, Heidrun Aigner  
Titelfoto, S. 3: Carolina Frank  
Grafik: Patrick Anthofer  
UNDOK-Logo: TOLEDO i DERTSCHEI  
Druck: Markus Putz Print Agentur  
Wien, November 2019

Gefördert aus Mitteln des  
Bundesministeriums für Arbeit,  
Soziales, Gesundheit und  
Konsumentenschutz

 Bundesministerium  
Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Konsumentenschutz

Mitglieder / Kooperationspartner\*innen:

































[www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)



